

PROF. DR. CHRISTIAN WINTERHOFF

RECHTSANWALT

Angesichts der medialen Berichterstattung im Zusammenhang mit der Zurücknahme des Vorschlages der Fraktionen von CDU, FDP, Grünen und des SSW, mich zum stellvertretenden Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts zu wählen, sehe ich mich zu folgenden Richtig- und Klarstellungen veranlasst:

1. Meine Sozietät wurde im Mai 2015 mit der Erstellung eines ergebnisoffenen Rechtsgutachtens zu der Frage beauftragt, ob die Erziehung von Schulkindern an öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein zur Akzeptanz sexueller Vielfalt verfassungs- und gesetzeskonform ist. Parteipolitische Beweggründe spielten weder bei der Mandatsannahme noch bei der Mandatsbearbeitung irgendeine Rolle.
2. Das im Juli 2016 vorgelegte Gutachten enthält *keine* persönlich-weltanschauliche Positionierung meiner Person zu der Frage, wie Homosexualität und andere Arten der Sexualität zu bewerten sind. Gegenstand des Gutachtens ist allein die *Rechtsfrage*, ob das grundrechtlich verbürgte elterliche Erziehungsrecht gewährleistet, dass die Vermittlung zentraler Wertentscheidungen hinsichtlich der Sexualerziehung den Eltern vorbehalten bleibt. Diese Rechtsfrage wird ausschließlich anhand juristischer Maßstäbe gewürdigt. Die gewonnenen Ergebnisse stehen vollständig im Einklang mit der höchstgerichtlichen Rechtsprechung.
3. Das Gutachten war allen Fraktionen vor meiner Nominierung bekannt. Es war Ende des Jahres 2017 und im Jahr 2018 Gegenstand zweier Kleiner Anfragen und einer Sitzung des Bildungsausschusses des Landtages von Schleswig-Holstein. Darüber hinaus wies ich in ersten Sondierungsgesprächen mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen auf das Gutachten hin.
4. Ich distanziere mich von jeder Instrumentalisierung des Gutachtens im parteipolitischen Diskurs sowie von sämtlichen vergangenen und künftigen Solidaritätsbekundungen der AfD und sonstiger Dritter. Ebenso distanziere ich mich vom Bruch der Vertraulichkeit in dem Verfahren zur Auswahl der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts. Durch die im Zusammenhang mit meiner Bewerbung erfolgte Verletzung der Vertraulichkeit wird dem Amt und mir persönlich erheblicher Schaden zugefügt. Mit Blick auf die Presseberichterstattung stelle ich im Übrigen klar, dass ich weder der AfD angehöre noch deren Gedankengut oder parteipolitischen Zielen in irgendeiner Weise auch nur ansatzweise nahestehe.

Gez. Prof. Dr. Christian Winterhoff
Hamburg, den 10. Juli 2018

POSTSTRASSE 9 20354 HAMBURG
TELEFON: 040 35922264 TELEFAX: 040 35922224
E-MAIL: POST@CHRISTIANWINTERHOFF.DE
WWW.CHRISTIANWINTERHOFF.DE